

Landkreis Schwäbisch Hall



Stallpflicht für Geflügel aufgehoben

Landwirtschaft Keine Aufstallung mehr wegen Geflügelpest. Die Sicherheit in Putenställen soll überprüft werden.

Landkreis. Nachdem der letzte Fall von Geflügelpest am 22. Februar in Ulm aufgetreten ist, hat das Landwirtschaftsministerium das Ansteckungsrisiko neu bewertet. Der Landkreis Schwäbisch Hall liegt in großer Entfernung zu den Risikogebieten (Ulm und Alb-Donau-Kreis), weshalb die Aufstallungspflicht im Kreis mit Wirkung vom morgigen Donnerstag aufgehoben wird. Auch die Abhaltung von Börsen, Märkten und Schauen mit Geflügel ist wieder erlaubt.

Mit Schutzkleidung in den Stall Das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz für den Kreis Hall weist jedoch darauf hin, dass auch in kleineren Geflügelhaltungen weiter erhöhte Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden müssen. Hierzu zählen die Pflicht zum Tragen von Schutzkleidung beim Betreten des Stalles und die Desinfektion der Schuhe.



FOTO: DPA

Endlich wieder raus ins Freie: Die Stallpflicht ist aufgehoben.

Nachdem in Nord- und Ostdeutschland Geflügelpestausschübe vor allem in Putenhaltungen festgestellt wurden, hat das Landwirtschaftsministerium eine Überprüfung der Sicherheitskonzepte der Putenbetriebe in Baden-Württemberg beschlossen.

Die Task-Force Tierseuchenbekämpfung des Landes soll hierzu bis zum Herbst 2017 in enger Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt des Landkreises, den Geflügelgesundheitsdiensten und den Hoftierärzten die Sicherheitskonzepte der Putenhaltungen im Landkreis Schwäbisch Hall überprüfen. Das Landratsamt bittet die Putenhalter im Landkreis um Verständnis für diese Aktion.

KLEINBAUERNKONGRESS IN HALL: AUF DEM WEG ZUR DEKLARATION

Drei Tage hat er gedauert, der Kleinbauernkongress im Haller Neubau in der vergangenen Woche. Auf Einladung der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH), der Stiftung Haus der Bauern Schloss Kirchberg, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Ecoland sowie der internationalen Kleinbauernorganisation La via campesina (LVC) und FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk) haben fast 500 Kleinbauernvertreter aus aller Welt für ihre Rechte gestritten. Am Ende ist ein Manifest vorgestellt worden. „Wir sind damit absolut zufrieden. Die ‚Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern‘ ist ein Meilenstein“, sagt Rudolf Bühler, Chef der BESH und Initiator des Kongresses „Global Peasants' Rights“.

Von allen mitgetragen

Zur nächsten Sitzung der UN-Kommission „Intergovernmental Working Group upon the Peasants Rights and People living in Rural Areas“ (Zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zu Kleinbauernrechten und Menschen, die auf dem Land leben), die im Mai am Sitz der Vereinten Nationen in Genf stattfinden wird, soll die Erklärung eingereicht werden. Wer dies tut, steht noch nicht fest. „FIAN und LVC sind auf jeden Fall bei der Arbeitsgruppe vertreten“, erklärt Kongress-Pressesprecher Lutz Bergmann. Die BESH werde wahrscheinlich auch in der Schweiz dabei sein.

Rudolf Bühler zeigt sich zuversichtlich, dass das Manifest bei den Vereinten Nationen gut aufgenommen wird: „Auf jeden Fall.

Ein erster Forderungskatalog

„Nach zunehmenden Übergriffen von Seiten der Fürsten und Kirchen auf das bäuerliche Allmendeland kam es vor fast 500 Jahren im ländlichen Süddeutschland zu Aufständen und zur Niederschrift der zwölf Artikel der Bauern. Dieses Dokument gilt als erster Forderungskatalog für Menschen- und Freiheitsrechte in Euro-

pa und enthielt auch das Recht auf gleichen Zugang zu Land, Wald und Fischereigründen. Obwohl die Feudalherren den Aufstand gewaltsam niederschlugen, leisteten die Bauern weiterhin Widerstand und zeigten dadurch, dass es dem Feudaladel nicht gelungen war, sie wirklich zu besiegen. Die Geschich-

te zeigt: Auch wenn Bauern Rückschläge erleiden, kämpfen sie an anderer Stelle weiter. Bäuerliches Aufbegehren gibt es weiterhin.“ So lautet die Einleitung der „Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern“. Der komplette Text ist heute im Internet veröffentlicht worden: www.global-peasants-rights.com. noa



„Die Erklärung ist ein Meilenstein“

Fazit Kongressinitiator Rudolf Bühler zeigt sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis der Veranstaltung in Hall. Das Manifest wird im Mai bei der UN eingereicht. Von Norbert Acker

Eine Vertreterin der Kleinbauernorganisation La via campesina hat am vergangenen Mittwoch die internationale Teilnehmer des Kongresses in Hall eingestimmt. Foto: Hans Kumpf

Es ist ein Manifest, welches von allen am Prozess beteiligten Gruppen mitgetragen wird.“ Die UN-Kommission arbeitet schon seit längerem an einer Erklärung für die Rechte von Kleinbauern weltweit. „Der Prozess wurde

bislang vor allem von den europäischen Staaten behindert, die sich bei Abstimmungen stets enthalten haben“, so Bühler. Der einzige Staat, der stets dagegen gestimmt habe, seien die USA. „Das resultiert vor allem aus dem Druck der dortigen Gentechnik-Lobby.“ Daher ist es noch etwas fraglich, ob die „Haller Erklärung“ zum Ziel führt: einer UN-Deklaration. „Möglicherweise gibt es einen Folgekongress in Bilbao“, ergänzt Bühler.

Es gebe ein Grundverständnis von ländlicher Kultur und bäuerlichem Leben weltweit, davon zeigt sich Bühler überzeugt. Das habe der Kongress in Hall vor Augen geführt. „Man begegnet sich auf Augenhöhe und tauscht sich aus“, so Bühler. Ein ganz wichtiger Teil sei die gegenseitige Gastfreundschaft und die gemeinsamen Werte: Solidarität und die „Bewahrung der Schöpfung“.

Kommentar Norbert Acker

zur „Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern“



Ein Signal aus Hohenlohe

Ein starkes Signal geht von Hohenlohe aus: Bauern aus der ganzen Welt schließen sich zusammen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Ob es sich um den Kleinbauern in Nicaragua handelt, oder den Bio-Bauern aus Deutschland, sie eint alle die Liebe zum Land und seinen Früchten. Doch sie einen auch Probleme: Saatgut-Monopolisten und das Verschwinden landwirtschaftlicher Flächen sind da nur zwei. Nun ist es an den Vereinten Nationen, aus der „Haller Erklärung“ etwas zu ma-

chen. Der Prozess hin zu einer UN-Deklaration ist noch ein wahrscheinlich steiniger. Aber es ist ein Weg, der gegangen werden muss. Die Bauern weltweit brauchen Rechte, auf die sie sich berufen können. Auch wenn es erst mal nur Rechte sein werden, die auf einem Blatt Papier stehen. Zuständig für die Umsetzung werden die Nationalstaaten sein. Doch eine Deklaration wird auch das Interesse der Öffentlichkeit an der Situation der Bauern erhöhen. Und daraus kann Druck auf Regierungen entstehen.

Austausch zu den globalen Herausforderungen

Arbeitsgruppen Beim Kongress ist thematisch diskutiert und auf die einzelnen Regionen geschaut worden.

Schwäbisch Hall. In fünf thematischen Arbeitsgruppen sind in der vergangenen Woche die einzelnen Teile des Manifests erstellt worden. So ging es um „Landrechtsfragen und Recht auf natürliche Ressourcen“, „Saatgutfragen, tiergenetische Ressourcen, Herausforderung der neuen GVO-Techniken“ (GVO: genetisch veränderte Organismen), „Angemessenes Einkommen, Recht auf Nahrung, Recht auf Marktzugang und faire Handelsbedingungen“, „Recht auf Biodiversität und Schutz indigenen Wissens“ sowie „Bürgerliche Rechte, Schutz vor Repression



In thematischen und regionalen Arbeitsgruppen ist der Text des Manifests erarbeitet worden. Foto: Hannes Jung

und Kriminalisierung“. „In den Arbeitsgruppen haben sich die Teilnehmer über die Herausforderungen, den sie gegenüberstehen, austauschen können“, erklärt Lutz Bergmann, der für die Pressekoordination des Kongresses zuständig ist.

In der Saatgut-Gruppe hätten die ausländischen Teilnehmer beispielsweise vom deutschen Verein Agricol erfahren, dass es einen Weg gibt, Patente auf Saatgut über Open-Source-Lizenzen zu verhindern. „Dieser Austausch ist daher extrem wichtig und hat die Teilnehmer ermutigt“, so Bergmann.

Weitere regionale Arbeitsgruppen (Afrika, Asien, Latein- und Nordamerika, Europa sowie Deutschland) folgten. „In den regionalen Arbeitsgruppen haben sich die Teilnehmer vernetzt und teilweise sogar verbündet“, erzählt Bergmann. In der Afrika-Gruppe hätten die Bauern beispielsweise besprochen, dass sie ihre Regierungen davon abbringen müssten, dem internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) beizutreten. „Dies würde für sie bedeuten, dass sie ihr selbstgezüchtetes Saatgut nicht mehr verwenden könnten“, so Bergmann. noa

50 GEZÄHLT

120

tausend Euro: So viel hat der Kongress „Global Peasants' Rights“ gekostet. „Davon wurden 50 Prozent aus Entwicklungshilfemitteln kofinanziert“, erklärt Initiator Rudolf Bühler, „vor allem für die Kosten der Kleinbauern, die sich die Reise nicht leisten können.“ Der Rest wurde von Bühlers Unternehmen Ecoland aufgebracht, das auch Entwicklungshilfe betreibt.

Tagesmütter öffnen die Türen

Schwäbisch Hall. Unter dem Motto „Schau mal rein in die Kindertagespflege“ öffnen am Samstag, 18. März, Tagesmütter und -väter in Baden-Württemberg ihre Türen und laden Familien ein, ihr Angebot kennenzulernen. Auch viele Tageselternvereine stellen sich der Öffentlichkeit vor. Im Landkreis Schwäbisch Hall lädt der Tagesmütterverein dazu ein, sich im Gespräch mit aktiven Tagesmüttern und -v Vätern bei Kaffee und Kuchen über die Kindertagespflege zu informieren. Zu finden ist das Angebot in Schwäbisch Hall im Brenzhaus (Mauerstraße 5) zwischen 10 und 15 Uhr. www.tagesmutter-verein.de www.kindertagespflege-bw.de

Für den Nachwuchs gibt es Kinderschminken und einen Luftballonstart. „Die Kindertagespflege ist ein tolles Betreuungsangebot, vor allem für kleine Kinder. Wir möchten, dass die Kindertagespflege im Landkreis Schwäbisch Hall stärker wahrgenommen und genutzt wird und laden alle herzlich ein, vorbeizuschauen“, sagt Sylvia Wolz, Vorstand des Tagesmüttervereins im Kreis Hall. In Baden-Württemberg werden derzeit rund 20 000 Kinder von 7000 Tageseltern betreut.

Flüchtlingshilfe Konvent in Eckartshausen

Ilshofen. Das Flüchtlingsteam der Diakonie lädt zu einem kreisweiten Konvent für alle Menschen ein, die geflüchtete Menschen im Landkreis Schwäbisch Hall unterstützen. Beginn ist am Donnerstag, 16. März, um 19 Uhr im Gemeindezentrum in Ilshofen-Eckartshausen. Im Mittelpunkt steht der Austausch der Freundeskreise, die Vorstellung des Flüchtlingsteams der Diakonie sowie das Projekt Eingliederungslotsen vom Verein „Grenzenlose Freundschaft“.

Zugausfälle am Wochenende

Landkreis. Wegen Brückenarbeiten kommt es auf der Strecke Heilbronn-Crailsheim am Samstag, 18., und Sonntag, 19. März, ganztägig zu Ausfällen der Regionalzüge zwischen Heilbronn und Öhringen. Als Ersatz steht die Stadtbahn 4 zur Verfügung. Nicht alle Anschlüsse werden erreicht. Grund: Brückenbauarbeiten. In der Nacht von Samstag, 18. März (23.45 Uhr), auf Sonntag, 19. März (6.30 Uhr), wird auf der Strecke Stuttgart-Crailsheim ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Grund: Zwischen Fornsbach und Schwäbisch Hall-Hessental finden Gleisbauarbeiten statt.



Einige Züge von Stuttgart in Richtung Crailsheim bleiben am Wochenende im Depot. ARCHIVFOTO: KARSTEN DYBE